

Stand: 10.02.2026 10:55:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/11605

"Zeitnaher und umfassender Bericht zu Listerienfunden und Listeriose-Ausbrüchen in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/11605 vom 01.06.2016
2. Beschluss des Plenums 17/11689 vom 01.06.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 74 vom 01.06.2016



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günter Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Zeitnahe und umfassender Bericht zu Listerienfunden und Listeriose-Ausbrüchen in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz zeitnah und umfassend über die Listerienfunde und das Listeriose-Ausbruchsgeschehen seit 2012 in Bayern zu berichten.

Begründung:

In einer Pressemitteilung vom 27. Mai 2016 erklärt das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, dass Schinken- und Wurstprodukte eines bayerischen Unternehmens möglicherweise mit Listerien belastet und gesundheitsgefährdend seien. Die besagten Produkte seien überregional in Verkehr gelangt. Das Robert Koch-Institut geht mit hoher Wahrscheinlichkeit davon aus, dass die Produkte in Zusammenhang mit einem Listeriose-Ausbruchsgeschehen im Zeitraum von 2012 bis zum jetzigen Zeitpunkt stehen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus, Prof.(Univ.Lima)Dr.Peter Bauer, Dr.Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/11605

Zeitnaher und umfassender Bericht zu Listerienfunden und Listeriose-Ausbrüchen in Bayern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz zeitnah und umfassend über die Listerienfunde und das Listeriose-Ausbruchsgeschehen seit 2012 in Bayern zu berichten.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Florian von Brunn

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Nikolaus Kraus

Abg. Rosi Steinberger

Abg. Eric Beißwenger

Staatsministerin Ulrike Scharf

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine Damen und Herren, wir machen weiter mit den Dringlichkeitsanträgen. Ebenfalls zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)

Listeriose-Ausbruch mit Erkrankten und Toten durch kontaminierte Lebensmittel: Umfassende Information von Landtag und Verbrauchern notwendig! (Drs. 17/11589)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Zeitnaher und umfassender Bericht zu Listerienfunden und Listeriose-Ausbrüchen in Bayern (Drs. 17/11605)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Listerienbelastung bei Produkten der Firma Sieber (Drs. 17/11606)

Zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/11589 wurde namentliche Abstimmung beantragt; dies gebe ich hiermit bekannt. – Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Herr Kollege von Brunn, jetzt haben Sie das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute über eine sehr ernste Angelegenheit: über rund 80 Listeriose-Erkrankungen in Süddeutschland seit dem Jahr 2012,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

davon 22 Infektionen in Bayern, über acht Tote, vier davon in Bayern und darunter ein Fall als direkte Folge einer Listeriose-Infektion. Die Dimension dieses Ausbruchge-

schehens ist so schlimm, dass wir einen ausführlichen Bericht und eine ausführliche Diskussion hier im Landtag für dringend notwendig, sogar für unabdingbar erachten. Ich möchte an dieser Stelle festhalten: Kaum ist ein Lebensmittelskandal, zuvor Bayern-Ei, von der Tagesordnung verschwunden, trifft Bayern ein neuer, der Fall Sieber.

Das Umweltministerium hat am vergangenen Freitag die Notbremse gezogen; ihm blieb keine andere Wahl, nachdem das Robert-Koch-Institut und andere befassende Behörden durch ein molekularbiologisches Verfahren, wie es das Ministerium in seiner Pressemitteilung formuliert, mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit und aufgrund von epidemiologischen Untersuchungen mit immer noch hoher Wahrscheinlichkeit einen Zusammenhang zwischen einem Listerien-Fund in einem Fleischprodukt der Firma Sieber und dem schon erwähnten Ausbruchsgeschehen hergestellt haben.

(Unruhe)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, entschuldigen Sie die Unterbrechung! – Liebe CSU-Fraktion, es ist unerträglich laut auf Ihrer Seite.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bitte, fahren Sie fort, Herr Kollege.

Florian von Brunn (SPD): Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Verantwortliche der Firma.

Ja, es war unerlässlich, die Notbremse zu ziehen. Wir sind aber der Auffassung: Es ist viel besser, rechtzeitig die richtige Weichenstellung vorzunehmen, bevor man überhaupt in die Verlegenheit kommt, die Notbremse ziehen zu müssen.

In den ersten Veröffentlichungen zu diesem neuerlichen Skandal hat man davon gesprochen, man habe die Quelle der Listeriose-Fälle gezielt bis in die jüngste Zeit ermittelt, und die zuständigen Stellen haben sich selbst auf die Schultern geklopft. Tatsache ist aber, dass erst ein Zufallstreffer bei einer Routinekontrolle an einer Ladentheke im

Landkreis Nürnberger Land das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit auf die richtige Spur gebracht hat. Es war keine gezielte Kontrolle bei der Firma Sieber, und es waren nicht die Kontrolleure am Produktionsstandort in Geretsried im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen. Dort wurde offensichtlich erst dann durch die Spezialeinheit kontrolliert, nachdem man im Nürnberger Land fündig geworden war.

Frau Staatsministerin, ich frage Sie deshalb: Wie kann es sein, dass es seit 2012, also seit circa vier Jahren, immer wieder neue Listeriose-Fälle in Bayern gab, die von Ihrem Haus und den Ihnen unterstellten Behörden heute auf die Firma Sieber zurückgeführt werden, dass aber von den amtlichen Kontrolleuren am Produktionsstandort in diesen Jahren niemals Listerien in den Produkten der Firma Sieber festgestellt wurden? – Ich rede nicht von den Selbstkontrollen; auf diese komme ich später zu sprechen. Ich rede von der Zuverlässigkeit und der Wirksamkeit amtlicher Kontrollen in einem Fall, in dem Menschen gestorben sind.

Es gibt nur zwei Erklärungen: Entweder stimmen die Schlussfolgerungen Sieber betreffend nicht – das will ich aber nicht unterstellen; denn ich gehe davon aus, dass Sie Ihre weitreichenden und einschneidenden Entscheidungen wohl begründet und umfassend überprüft haben –, oder es gab Probleme bei Sieber, die für die Erkrankungen und Toten ursächlich sind, aber die Kontrolleure des Landratsamtes Bad Tölz-Wolfratshausen haben sie nicht aufgedeckt und deshalb nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen.

Wenn der zweite Fall zutrifft, dann gibt es ein Riesenproblem für den Verbraucherschutz in Bayern; denn das würde bedeuten, dass wir die Menschen aufgrund von Fehlern im System, aufgrund von Problemen bei Kontrollen nicht vor einer lebensbedrohlichen Gefahr schützen können. – Frau Staatsministerin, wir wollen von Ihnen darauf eine Antwort. Deswegen haben wir diesen ausführlichen Bericht per Dringlichkeitsantrag eingefordert.

Ich möchte Sie an dieser Stelle aber auch an das erinnern, was wir im Zusammenhang mit Bayern-Ei immer wieder vorgetragen haben. Damals hatten wir eine ähnliche Situation: einzelne Kontrolleure, die einen großen Betrieb kontrollieren sollten und das Problem nicht in den Griff bekommen haben. Wir haben deswegen an dieser Stelle immer wieder eine Abtrennung der Kontrolleure von den Landratsämtern gefordert – der Oberste Rechnungshof hat das in ähnlicher Weise gesehen –, also Kontrollen von regional wirtschaftenden Betrieben durch lokale Kontrolleure. Wir wollten und wollen, dass die Kontrolle von Großställen und großen, überregional ausliefernden Lebensmittelunternehmen durch die Spezialeinheit des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit erfolgt. Das ist aus unserer Sicht anlässlich dieses neuen Falls ein absolutes Muss. Es bringt nämlich nichts, die Spezialeinheit immer erst dann in die großen Betriebe zu schicken, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Wir erneuern diese Forderung heute mit Nachdruck, und, Frau Ministerin, ich denke, Sie wissen, dass wir mit diesen Forderungen recht haben.

Wir haben auch immer wieder gefordert, die Selbstkontrollen der Unternehmen stärker zu kontrollieren. Ich denke, auch das war richtig. Heute muss ich sogar sagen: Das auf europäischen Richtlinien fußende System der Selbstkontrollen muss angesichts dieses Falls kritisch hinterfragt werden; denn das System ist so, wie es umgesetzt wird, augenscheinlich auf Sand gebaut.

Nach der wochenlangen Diskussion über Bayern-Ei und nach unseren Vorschlägen haben Sie, Frau Ministerin, selbst den Obersten Rechnungshof den gesundheitlichen Verbraucherschutz in Bayern durchleuchten lassen. Das Gutachten war eine schallende Ohrfeige für die bisherige Politik in diesem Bereich und hat eine ganze Reihe von Problemen aufgedeckt. Seitdem, also seit Februar, haben wir von Ihnen aber nur gehört, dass Sie in Ihrem Ministerium eine Projektgruppe und eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet haben. Wir haben noch keine konkreten Ergebnisse gehört, was die Umsetzung oder die genauen Pläne für etwaige Reformen angeht.

Sie haben jetzt am 25. Mai einen Zwischenbericht abgegeben, in dem Sie schreiben: Kurzfristig umzusetzende Maßnahmen sind derzeit eingeleitet, und weiterführende Maßnahmen, die auch als Daueraufgabe fortgeführt werden müssen, sind in Vorbereitung. Frau Ministerin, das ist "Bürokratiesprech". Was heißt das konkret? – Ich fordere Sie auf, das heute bei dieser Gelegenheit dem Bayerischen Landtag zu erläutern.

(Beifall bei der SPD)

Ich will zwei Beispiele aus der Mängelliste des ORH herausgreifen, also zwei Beispiele aus den 13 Punkten. Der Oberste Rechnungshof hat Personalbedarfsanalysen gefordert. Wir werden in diesem Haus bald mit den Beratungen über den neuen Doppelhaushalt beginnen, und ich finde, der Landtag hat ein Recht darauf, zu erfahren, wann Sie diese Personalbedarfsanalysen durchführen lassen wollen. Schließlich müssen etwaige Personalausgaben von den Mitgliedern dieses Landtags im Haushalt bewilligt werden. Wann dürfen wir diesbezüglich mit Auskünften und Vorschlägen von Ihrer Seite rechnen?

Ein weiteres Beispiel. Haben Sie auch angesichts der gestiegenen Gefahr zum Beispiel von Hepatitis E in Schweinefleisch endlich dafür gesorgt, dass in der Schweinemast wenigstens die vorgeschriebene Anzahl von Kontrollen durchgeführt wird und nicht nur, wie der ORH zu Recht bemängelt hat, weniger als die Hälfte der vorgeschriebenen Kontrollen?

Frau Ministerin, es wird aus unserer Sicht Zeit, dass Sie liefern, dass von Ihnen endlich substanzielle Vorschläge kommen, insbesondere zu unseren eben genannten Forderungen und Vorschlägen, was die Organisation des Verbraucherschutzes und was die Herstellung eines effektiven Verbraucherschutzes in Bereichen angeht, wo wir Probleme haben; denn jeder Tag, der ins Land geht, ohne dass der gesundheitliche Verbraucherschutz und die Kontrollen in Bayern reformiert sind, bedeutet Gefahr für Leib und Leben der Menschen hier im Freistaat und über seine Grenzen hinaus. Das wollen und werden wir nicht akzeptieren.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr von Brunn. – Nächster Redner ist Herr Kollege Kraus. Bitte schön.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Wertes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Wie wichtig das Thema ist, zeigt allein die Tatsache, dass drei Fraktionen Dringlichkeitsanträge gestellt haben. Die drei Begründungen sind fast wortgleich. Auch wir haben sie übernommen. Was heißt "übernommen"?

(Zuruf von der CSU: Abgeschrieben!)

Eigentlich hätten wir die Anträge morgen im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz behandeln können, was vielleicht gar nicht so verkehrt gewesen wäre; aber darauf komme ich auch noch kurz.

Zu den Begründungen. Am 27. Mai – der Kollege hat es schon gesagt – ist eine Warnung hinausgegangen, und am 28. Mai, also einen Tag später, hat die betroffene Firma selber für ihre gesamten Produkte eine Rückrufaktion gestartet. Deswegen darf es auch nicht überraschen, dass die Begründung aller drei Anträge gleich ist. Ich darf gleich vorwegnehmen, dass die FREIEN WÄHLER sowohl dem Antrag der GRÜNEN als auch dem Antrag der SPD zustimmen; denn es ist wohl selbstverständlich, dass es im Sinne von uns Abgeordneten und im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger, also im Sinne von uns allen, sein muss, dass wir bei diesem wichtigen Thema eine schnellstmögliche Aufklärung zum Listeriose-Ausbruch und zu Listerien-Belastungen bekommen.

Im Februar dieses Jahres – wir haben ja Bayern-Ei noch nicht einmal aufgearbeitet – haben wir im Umweltausschuss beschlossen, dass am 27. Oktober eine Expertenanhörung stattfinden soll. Leider haben wir es vor den Sommerferien nicht mehr auf den Zeitplan gebracht. Wir sind im Ausschuss alle möglichen Termine durchgegangen und haben es probiert; das war aber, realistisch gesehen zu spät, was jetzt natürlich scha-

de ist. Bei einer Expertenanhörung sind, wie der Name schon sagt, viele Spezialisten da, und von allen Fraktionen wird ein Fragenkatalog ausgearbeitet und eingereicht. Dann kann man auf die tatsächlichen Probleme eingehen.

Zum aktuellen Fall. Florian von Brunn hat schon gesagt: Seit 2012 gibt es Probleme bei diesem Thema. Jetzt sind die vier bedauerlichen Todesfälle genannt worden. Es ist gesagt worden, dass nur einer dieser Fälle von den Experten sicher auf diese Erkrankung zurückgeführt werden kann. Aber selbst ein Fall ist zu viel, und man muss vermeiden, was zu vermeiden ist.

Uns FREIEN WÄHLERN ist natürlich ganz wichtig, dass Aufklärung erfolgt. Aber uns war genauso wichtig, dass es einen Rückruf der Produkte gab und ein unmittelbarer Produktionsstopp veranlasst worden ist; denn wir sind der Meinung: Durch den Produktionsstopp wird die Wahrscheinlichkeit, dass weitere Leute erkranken, so stark wie möglich verringert.

Ich möchte aber ein bisschen davor warnen, zu schnell in die bestehenden Strukturen und Organisationen einzugreifen. Wir haben von der Spezialeinheit für Lebensmittelsicherheit gehört. Momentan gibt es auch starke Bestrebungen, zentrale Überwachungseinheiten zu installieren. Ich glaube, wir können sicher sein, dass eine Zentralisierung dieser Einheiten oder Überwachungen auch in Zukunft keinen Lebensmittelskandal verhindern wird. Als Beispiel darf ich vielleicht nur am Rande die Dezentralisierung bei der Integration in der Asylpolitik erwähnen. Jeder von uns weiß, dass das nur von unten nach oben funktioniert hat. Wenn unsere Landratsämter und Bezirke da nicht so hervorragend gearbeitet hätten und wenn alles zentral auf das Land oder den Bund übergewälzt worden wäre, wären sicher noch größere Probleme als ohnehin herausgekommen. Deswegen darf man das Dezentrale nicht außer Acht lassen.

Spezialeinheiten haben aus unserer Sicht sicher eine Daseinsberechtigung, allerdings nur für die wirklich schwer belasteten Fälle oder für Großbetriebe, wobei man Großbe-

triebe erst einmal definieren muss; denn die Firma, von der wir heute reden, ist mit circa 120 Mitarbeitern ein klassischer mittelständischer Betrieb.

(Florian von Brunn (SPD): Mit überregionaler Auslieferung!)

Ist das nun ein Großbetrieb oder nicht? – Es wäre möglich, dass die Spezialeinheiten flexibel eingesetzt werden. Sie können aber aus unserer Sicht die Strukturen an den Landratsämtern nicht ersetzen. Man spricht so leicht davon, dass das Dezentrale gut ist. Aber ich darf ein Beispiel nennen. Jetzt im Sommer fangen wieder die Volksfeste an, und da müssen ganz kurzfristig bei den Behörden Genehmigungen beantragt werden. Wenn man an die Landwirtschaft, die Jäger, die Fischer und alle anderen denkt, die mit den Lebensmittelkontrolleuren und den Veterinärämtern zu tun haben, weiß man, dass hie und da kurze Dienstwege sicher von Vorteil sind.

Schwarze Schafe gibt es überall; Bayern-Ei ist erwähnt worden. Dass da kriminelle Strukturen am Werke waren, möchte ich nicht verheimlichen. Aber es ist nicht in unserem Sinne, wegen der wenigen schwarzen Schafe in dieser Branche alle über einen Kamm zu scheren und zu ächten.

Florian von Brunn hat es gesagt: Viele Anfragen stehen an; alle Fragen sind Teil des Antrags, ebenso wie beim Antrag der GRÜNEN. Wir haben mittlerweile Fragen für unseren Fragenkatalog vorbereitet. Die Frage ist natürlich: Könnte man die Anhörung vom 27. Oktober vor die Sommerferien ziehen, da die aktuellen Ereignisse unmittelbar aufgeklärt werden müssen? – Was die Expertenanhörung zur Listerienbelastung angeht, so fänden wir es schon gut, würden die Experten auch wirklich benannt, auch für den Fall, dass man Rückfragen hat. Ich bin mir auch nicht sicher, ob das Plenum der richtige Ort für dieses wichtige Thema ist. Das ist natürlich momentan sehr medienwirksam. Aber, wie ich erwähnt habe, geht es uns darum, dass die Produktion so schnell wie möglich eingestellt worden ist und dass keine weiteren Fälle folgen. Wir sind für eine solide, ruhige, sachkundige Aufklärung.

Ich darf noch einmal wiederholen: Zustimmung zu den Anträgen, aber bitte keine vor-eiligen Schüsse, damit man nicht die wirklich sehr gut arbeitenden Strukturen mit einem Federwisch beseitigt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das wäre sicherlich nicht im Sinne unserer 71 Landratsämter und 25 kreisfreien Städte. Nach wie vor ist der Dezentralismus für uns sehr wichtig. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kraus. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Steinberger. Bitte sehr.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Ministerin! Bevor wir mit dem Thema Listerien weitermachen, möchte ich mich kurz mit den vielen Menschen solidarisch erklären, die heute in Niederbayern bei den erneuten schweren Unwettern im Landkreis Rottal-Inn und im Landkreis Passau förmlich abgesoffen sind. Wir denken jetzt an sie.

(Allgemeiner Beifall)

Aber jetzt zurück zu den Listerien. Auch wir haben einen Antrag eingereicht, einen Berichts Antrag. Wir wollen im Zusammenhang mit dem Listerien-Geschehen von der Staatsregierung so einiges wissen. Zunächst möchte ich aber schon sagen, dass ich mich noch sehr gut an den Bayern-Ei-Skandal erinnere. Da kommt mir jetzt so einiges bekannt vor. Zum Beispiel gibt es seit vier Jahren immer wieder Erkrankungen durch Listerien in Bayern. Wie schaut es mit den Kontrollen des nun bekannt gewordenen Betriebs aus? Gab es standardmäßige Eigenkontrollen auf Listerien, gab es staatliche Kontrollen, und haben die Ergebnisse dieser Kontrollen übereingestimmt bzw. nicht übereingestimmt, wie in der Vergangenheit so oft?

Es stimmt: Listerien sind keine Salmonellen. Aber auch diese Bakterien sind gefährlich. Auch hieran sind Menschen erkrankt und auch gestorben. Bei einer Person wissen wir es ziemlich genau. Es hat also nichts mit Skandalisieren zu tun, wenn wir nun genaue Aufklärung darüber haben wollen, was hier passiert ist. Ich hoffe, Sie wollen es auch wissen.

Noch eines kommt mir sehr bekannt vor. Nach dem positiven Befund im März dieses Jahres in der betroffenen Firma hat diese Firma eine Charge zurückgerufen – nur eine. Das war damals bei Bayern-Ei auch der Fall. Wir erinnern uns vielleicht. Aber damals wurde eben nicht gründlich kontrolliert, ob die Ursache der bakteriellen Infektion restlos beseitigt worden ist. Deshalb ging die Kontamination auch noch einige Zeit munter weiter. Die Folgen sind Ihnen alle bekannt. So darf es nicht noch einmal passieren.

Bei den Listerien gibt es eine zusätzliche Heimtücke: Sie sind durch Trocknen und durch Tiefgefrieren nicht abzutöten. Sie vermehren sich auch bei niedrigen Temperaturen, zum Beispiel auch im Kühlschrank. Deshalb werden sie auch Nischenkeime genannt. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade bei Nischenkeimen muss man besonders sorgfältig arbeiten; denn wenn die Bakterien erst einmal unter der Plastikhülle verpackt sind, ist es zu spät. Wir brauchen uns heute nicht darüber zu unterhalten, ob es sinnvoll ist, viele Wurstwaren in Plastikfolie zu kaufen, aber der Verbraucherschutz ist eben für alle Lebensmittel zuständig. Listerien sind überall vorzufinden. Das verbindet sie ein wenig mit den Salmonellen. Aber gerade die fragliche Unterart, die bei der Firma Sieber gefunden worden ist, kann für Menschen sehr gefährlich werden. Fachleute sprechen von einer Letalität, also von einer Todesrate, von bis zu 30 %. Da zeigt sich wieder einmal, welche Tragweite das haben kann. Und es sind ja auch schon Menschen gestorben. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, da hilft kein Verweis auf die Küchenhygiene, da greift eindeutig die Fürsorgepflicht des Staates.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Die staatlichen Institutionen müssen dafür Sorge tragen, dass Lebensmittel, die potenziell gesundheitsschädlich sind, nicht in Verkehr gebracht werden. Die Staatsanwaltschaft ermittelt ja inzwischen auch. Wir sind sehr gespannt, was dabei herauskommt. – Und schon wieder ist dies eine Parallele zu Bayern-Ei.

Es gibt aber auch etwas, was mich ausdrücklich freut: Das Umweltministerium hat viel schneller reagiert als damals bei Bayern-Ei. Die Sicherheit der Verbraucherinnen und Verbraucher steht offensichtlich in diesem Jahr etwas stärker im Fokus. Möglicherweise hat die Aufarbeitung des Bayern-Ei-Skandals für die Zukunft auch etwas Gutes bewirkt. Wir wollen es hoffen.

Grundsätzlich müssen wir aber feststellen, der Kollege von Brunn hat es auch schon angesprochen: Die Struktur der Lebensmittelkontrolle muss reformiert werden. Wir wollen die Kreisverwaltungsbehörden bei der Kontrolle der Lebensmittelbetriebe deutlich entlasten. Schon jetzt fehlen bei den Kontrollorganen Fachkräfte, obwohl die Stellen dafür geschaffen wären. Wir haben einmal nachgefragt, wie denn die Differenz zwischen Soll- und Ist-Ausstattung in Bayern aussieht. In Bayern fehlen über 40 Amtstierärzte und Lebensmittelkontrolleure. Diese Leute brauchen wir aber in der Kontrolle.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Auch die vorgeschriebene Rotation wird nicht immer so durchgeführt, wie es sein müsste. Das wissen wir auch seit dem letzten Jahr. Kurz und gut: Wir wollen die Kontrolle von Betrieben in Bayern effektiver und schlagkräftiger machen, und wir wollen Großbetriebe anders und konsequenter kontrollieren. Es wird Zeit, dass sich hier endlich etwas tut, Frau Ministerin.

Ob nun im vorliegenden Fall geschlampt worden ist oder ob die Behörden alles richtig gemacht haben, können wir heute noch nicht sagen. Wir wollen auch niemanden verurteilen. Deshalb ist unser Berichts Antrag umso wichtiger, und ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den Anträgen der SPD und der FREIEN WÄHLER stimmen wir auch zu, weil sie in die gleiche Richtung gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Steinberger. – Nächster Redner ist der Kollege Beißwenger.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen! Listerien sind in der Natur nahezu überall verbreitet. Besonders häufig kommen sie allerdings auf verschiedenen Lebensmitteln, auch rohen Lebensmitteln, wie zum Beispiel Fleisch, Geflügel und Meerestieren, sowie auch in Rohmilchprodukten vor.

Im aktuellen Fall der Firma Sieber wurde die Öffentlichkeit informiert, keine Schinken- und keine Wurstprodukte mehr zu konsumieren. Wichtig für die Verbraucher: Es wurde eine öffentliche Warnung ausgesprochen. Schließlich bedeutet Verbraucherschutz, den Verbraucher auch tatsächlich zu schützen. Alle Erzeugnisse aus der Produktionsanlage wurden zurückgerufen. Es dürfen keine Lebensmittel in Verkehr gebracht werden, bis verschiedene Bedingungen erfüllt sind. Das Landratsamt hat am letzten Freitag die Staatsanwaltschaft eingeschaltet und überwacht die Betriebssperre. Weitere Proben werden noch vom LGL untersucht und ausgewertet. Die Firma Sieber hat am Sonntag, den 29. Mai, über die betroffenen Produkte auch in der Presse informiert. Bund, Länder sowie Österreich und die Schweiz sind über die zurückgerufenen Produkte informiert worden.

Wissenschaftler des Robert-Koch-Instituts gehen davon aus, dass ein 2012 aufgetretener Listeriose-Ausbruch mit hoher Wahrscheinlichkeit, wie es heißt, im Zusammenhang mit einem Produkt der Metzgerei Sieber, dem sogenannten "Original Bayerischen Wammerl", steht. Die Ermittlungen dauern aber noch an. Deshalb sollten wir

auch keine Vorverurteilungen treffen. Im vorliegenden Fall sind Fragen offen, die zum Wohl der Verbraucherinnen und Verbraucher geklärt werden müssen.

Ich mache es kurz. Wir sind natürlich auch an der Aufklärung des vorliegenden Falles interessiert und wollen erfahren, was die Staatsregierung zu sagen hat. Aus diesem Grund stimmen wir dem Antrag der SPD zu. Herr Kollege Kraus hat bereits gesagt, dass man Anträge voneinander übernommen habe. Daher auch die Gleichheit. Es ist, da sie sich entsprechen, selbstverständlich, dass wir auch den anderen Anträgen zustimmen werden. Für uns hat das Wohl der Verbraucher absolute Priorität.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Beißwenger. – Nun hat sich noch Staatsministerin Scharf zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Scharf.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Steinberger, herzlichen Dank, dass Sie auf die aktuelle Hochwasserlage in Niederbayern hingewiesen haben. Sie merken vielleicht, dass wir seit einigen Stunden intensiv am Telefonieren sind, um die aktuelle Lage festzustellen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass ich mich morgen gemeinsam mit dem Innenminister in der Früh auf den Weg mache, um die Situation vor Ort in Augenschein zu nehmen. Unsere Gedanken sind bei allen Betroffenen, ihnen gilt unser Mitgefühl.

Liebe Präsidentin, meine Damen und Herren, ich beginne mit einem Punkt, der mir in der bisherigen Debatte etwas zu kurz gekommen ist, nämlich mit den Betroffenen. Listerien können für ältere Menschen, Schwangere und Neugeborene zu einer akuten Bedrohung werden und ernsthafte, sogar lebensbedrohliche Erkrankungen auslösen. Wir alle, die wir hier sitzen, bedauern dies, und allen Geschädigten gilt an dieser Stelle unser aufrichtiges Mitgefühl.

Meine Damen und Herren, ich informiere Sie heute gern über den Listeriosevorfall um die Firma Sieber. Allerdings sind wir gemeinsam mit dem Landratsamt Bad Tölz-Wolf-

ratshausen und dem Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit – LGL – noch mitten in der Aufklärung. Verbraucherschutzpolitische Seriosität bedeutet für mich daher: Es ist zwar noch zu früh, um eine Bewertung abzugeben, aber es ist nicht zu früh, um entschlossen zu handeln. Wir haben als politisch Verantwortliche im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher entschlossen gehandelt, und ich bin davon überzeugt, dass die Menschen spüren, wenn es jemand ernst meint und etwas für sie tut.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was wir bisher wissen, ist im Wesentlichen auf der Webseite des LGL zusammengetragen, gleich auf der Startseite von lgl.bayern.de. Dort können Sie alles Wichtige finden und nachlesen. Es gibt auch eine Bürgerhotline, und ich bitte Sie herzlich, sollten Sie danach gefragt werden, auch darauf hinzuweisen.

Zur Chronologie: In den Jahren 2013 und 2014 sind die Behörden in Süddeutschland bei Listeriose auf ein bestimmtes Erregermuster aufmerksam geworden und haben Untersuchungen angestellt, aber weder das Robert-Koch-Institut noch das Bundesinstitut für Risikobewertung noch die Behörden konnten die passende Stecknadel dazu finden, also das ursächliche Lebensmittel.

Im März 2016 wies das LGL in einer amtlichen Probe bei einem Wacholderwammerl der Firma Sieber Listerien nach. Die Folgen waren klar: öffentliche Warnung, Rückruf der Charge, Desinfektion und intensive Folgebeprobungen. Entscheidend dabei ist, dass das LGL die Listerien in diesem Wacholderwammerl auch dem Bundesinstitut für Risikobewertung – BfR – zur Verfügung gestellt hat, mit dem Ergebnis, dass sie den Isolaten der betroffenen Patienten zugeordnet werden konnten. Daher kam am Abend des 18. Mai die Mitteilung vom BfR:

Die Wahrscheinlichkeit des Zusammenhangs zwischen den Isolaten aus dem Wammerl und den humanen Isolaten ist sehr hoch. Dies wird auch durch die epidemiologischen Untersuchungen plausibilisiert.

Die sofortige Reaktion unsererseits waren Betriebskontrollen durch die Spezialeinheit, Landratsamt und die Regierung. Die Behörden nahmen Dutzende von Proben und werteten sie binnen einer Woche aus. Am 27. Mai, letzte Woche Freitag, kam die Mitteilung des LGL: "Auch in Wurstwaren sind Listerien festgestellt worden."

Für uns lagen damit in diesem Zusammenspiel des zugeordneten Krankheitsgeschehens und der positiven Listeriose-Beprobung hinreichende Anhaltspunkte vor. Wir sind der Überzeugung: Von Erzeugnissen der Firma Sieber kann eine Gefährdung für die Gesundheit der Verbraucher ausgehen. Zudem war aufgrund der überregionalen Verbreitung, der vielfältigen Vertriebswege, aber auch aufgrund der großen Produktpalette eine öffentliche Warnung durch das Ministerium angezeigt. Hier müssen wir im Sinne des vorbeugenden Verbraucherschutzes handeln. Daher sind wir noch am selben Tag, an jenem Freitag, an die Öffentlichkeit gegangen und haben vor den Fleisch- und Wurstwaren der Firma Sieber gewarnt. Der Unternehmer selbst war an diesem Tag zu einer solchen Warnung noch nicht bereit. Was aber noch wichtig ist zu wissen, meine Damen und Herren: Das Verwaltungsgericht München hat uns in einer Eilentscheidung noch an diesem Freitag in diesem Vorgehen bestätigt.

Aktuell ist der Betrieb gesperrt. Er darf keine Lebensmittel in den Verkehr bringen. Bereits ausgelieferte Waren sind unter behördlicher Aufsicht zurückgerufen worden, und weitere Proben werden ausgewertet. Das Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen hat – ich betone: – routinemäßig die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. Sie tun so, als wäre das etwas Besonderes, Herr von Brunn und Frau Steinberger; dabei handelt es sich hierbei um einen Routinevorgang. Sie haben sicherlich gestern in der Presse vernommen, dass der Betrieb gegen die Maßnahmen der Behörden Rechtsmittel eingelegt hat. Das ist auch sein gutes Recht.

Wichtig sind mir folgende Feststellungen, meine Damen und Herren: Wir schützen unsere Verbraucherinnen und Verbraucher in Bayern transparent, konsequent und mit einer ganz klaren Vorgabe. Die Behörden ergreifen auch einschneidende Maßnahmen, wenn sie rechtlich zulässig und erforderlich sind. Der Schutz unserer Verbrau-

cher hat oberste Priorität. Wir wollen gute, gesunde Lebensmittel in Bayern, und wir wollen Lebensqualität. Als Verbraucherschutzpolitiker sind wir der Sachanwalt für diese gute Lebensqualität, aber auch für das so gute Lebensgefühl in unserem Lande. Diesen Auftrag nehme ich – auch mit Ihnen zusammen – gern an.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für mich ist es selbstverständlich, dass wir zu gegebener Zeit weiter über den Fall Sieber berichten werden. Es ist für mich auch eine Selbstverständlichkeit, dass ich zu gegebener Zeit über die Umsetzung des ORH-Gutachtens berichten werde. Hier muss sich etwas an unserer Struktur verändern, und es wird sich auch etwas ändern. Aber mein Verständnis von einer flächendeckenden Verwaltung in Bayern mit der Lebensmittelüberwachung und des Veterinärwesens ist, dass ich mich mit allen Betroffenen unterhalte, dass ich mit allen ins Gespräch komme, dass ein intensiver Dialog stattfindet, um diese komplexe Materie zu erfassen und die richtige Entscheidung zu treffen. Mein ganz klares Ziel ist, einen Masterplan für die Neuordnung unserer Lebensmittelüberwachung vorzulegen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Der Kollege von Brunn hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Frau Staatsministerin, Sie haben gerade ausgeführt, dass Sie am 18. Mai vom Bundesinstitut für Risikobewertung darüber informiert worden sind, dass die Listerien mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit in menschlichen Erkrankungsfällen, wie Sie gesagt haben, in Verbindung mit dem beprobten Produkt von Sieber gebracht werden können. Sie haben auch gesagt, dass nach dem 18. Mai unter anderem die Spezialeinheit, aber auch Kontrolleure des Landratsamtes vor Ort gewesen sind und intensiv beprobt haben.

In diesem Zusammenhang wollte ich Sie fragen: Konnten bei diesen neuerlichen Proben ebenfalls molekularbiologisch mit hoher oder sehr hoher Wahrscheinlichkeit – das

müssten Sie vielleicht sagen – Verbindungen zwischen menschlichen Krankheitsfällen und eben diesen beprobten Produkten hergestellt werden?

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Frau Staatsministerin, bitte.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Herr von Brunn, dieser genaue Nachweis bedarf etwas mehr Zeit. Listerien sind Bakterien, daher müssen die Beprobungen erst einmal angesetzt werden, bevor sie ans Robert-Koch-Institut oder an das BfR weitergeleitet werden, und das geht nicht innerhalb von kurzer Zeit; das dauert einige Wochen. Aber diese Information werden wir Ihnen selbstverständlich nachreichen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Es geht weiter mit einer Zwischenbemerkung der Kollegin Steinberger.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Ministerin, zwei Fragen. Die erste: Sie haben die Probe vom BfR untersuchen lassen. Ist das BfR die einzige Institution, die diese molekularbiologische Untersuchung durchführen kann, oder kann das LGL das möglicherweise auch vor Ort untersuchen? Ginge es dann vielleicht schneller?

Die zweite Frage: Sie haben gesagt, dass die Staatsanwaltschaft routinemäßig eingeschaltet worden ist und dass das überhaupt nichts Besonderes sei. Heute habe ich aber gelesen, dass die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Verstoß gegen das Lebensmittel- und Futtermittelgesetz gegen einen Mitarbeiter der Firma eingeleitet hat. Das geht schon ein wenig über das hinaus, was standardmäßig passieren sollte, weil die Staatsanwaltschaft ja erst einmal prüft, ob sie überhaupt ein Ermittlungsverfahren einsetzt. Ich denke, da ist etwas Zusätzliches im Busch, das über das Standardmäßige hinausgeht.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Was Sie hier vermuten, ist ein Verdacht. Ich kann mich nur wiederholen: In solchen Fällen wird die Staatsanwalt-

schaft routinemäßig eingeschaltet, und wir werden diese Ermittlungen weiterhin verfolgen.

Ob unser LGL diese Proben so auswerten kann – jetzt schaue ich zu unserem Präsidenten –: Ich glaube nicht; er schüttelt den Kopf. Das heißt, wir müssen das an das Robert-Koch-Institut oder an das Bundesinstitut für Risikobewertung weitergeben.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Nachdem für den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/11589 namentliche Abstimmung beantragt ist, lasse ich zunächst über die Anträge der Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN abstimmen, über die in einfacher Form abgestimmt wird.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/11605 – das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der CSU. Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/11606 – das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Jetzt von der anderen Seite: Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Nun kommen wir zur Abstimmung in namentlicher Form über den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/11589. Die Urnen sind bereitgestellt. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 19.31 bis 19.36 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/11591 und 17/11592 sowie 17/11594 bis 17/11597 und 17/11607 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Guttenberger. – Jetzt gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Listeriose-Ausbruch mit Erkrankten und Toten durch kontaminierte Lebensmittel: Umfassende Information von Landtag und Verbrauchern notwendig!", Drucksache 17/11589 bekannt. Mit Ja haben 135 gestimmt. Mit Nein hat niemand gestimmt. Stimmenthaltungen gibt es auch keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 01.06.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion SPD; Listeriose-Ausbruch mit Erkrankten und Toten durch kontaminierte Lebensmittel: Umfassende Information von Landtag und Verbrauchern notwendig! (Drucksache 17/11589)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut	X		
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander	X		
Dr. Förster Linus			
Freller Karl			
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine	X		
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann			
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto			
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans	X		
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard			
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	135	0	0